

# „Nicht das Recht, solche Fragen zu stellen“

**POLITIK** Antrag der SPD-Stadtratsfraktion auf Datenerhebung sorgte für Aufregung

Die Sozialdemokraten wollten Einzelheiten über die Bewohner des Gebiets Brahmstraße/Unter den Eichen wissen. Es ging ihnen um die Beurteilung des sozialen Umfelds.

VON WOLFGANG MALZAHN

**LEER** - „Wir wissen alle, dass das Gebiet Brahmstraße/Unter den Eichen ein Brandherd ist. Um hier etwas bewirken zu können, brauchen wir konkrete Zahlen.“ Mit diesen Worten versuchte SPD-Ratsherr Günter Ammermann einen Antrag seiner Fraktion zu begründen, der in der Sitzung des Sozialausschusses für erhebliche Aufregung sorgte.

Nach der teils heftigen Debatte ließ Vorsitzende Beate

Stammwitz abstimmen: Mit 6:5 votierte der Ausschuss schließlich dafür, den Antrag nicht zuzulassen. Kommentar der Grünen-Ratsfrau Engeline Kramer: „Als Politiker haben wir nicht das Recht, solche Fragen zu stellen.“

In dem von Hauke Sattler für die Sozialdemokraten formulierten Antrag wird die Stadtverwaltung aufgefordert, Daten zum sozialen Umfeld in der Brahmstraße und Unter den Eichen zu erheben und zu analysieren. So wollten die SPD-Ratsmitglieder wissen, wie viele Bedarfsgemeinschaften es in diesem Gebiet gibt und wie sie sich zusammensetzen – zum Beispiel in Form von Alleinerziehenden oder Großfamilien.

Eine weitere Frage im SPD-Antrag: „Werden Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch III bezogen oder wahrgenommen?“ Oder: „Gibt es weitere Aspekte, die bei der Beurteilung des dortigen sozialen Umfelds zu berücksichtigen sind?“

„Welchen Zweck haben diese Daten?“, wollte Fil-Ratsfrau Beatrix Kuhl wissen: „Diese detaillierten Auskünfte machen keinen Sinn.“ Grünen-Ratsfrau Engeline Kramer war „entsetzt“ über den SPD-Antrag: „Da wird nach Schubladen gesucht – wer gehört noch zu unserer Gesellschaft und wer nicht?“ Für Holger Szyzka von den Linken erinnerte dieser Antrag gar „an den Überwachungsstaat in der DDR“. Erster Stadtrat Dr. Thomas Helmke verwies



Wohnblocks in der Straße Unter den Eichen. Die Sozialdemokraten wollten, dass die Stadt genaue Daten über die Menschen erhebt, die hier wohnen. BILD: NOLDES

darauf, dass die Stadtverwaltung derartige Daten nur dann veröffentlichen könne, wenn sie keine Rückschlüsse auf die dort wohnenden Personen zulassen.

Deshalb kam aus dem Ausschuss die Aufforderung an die Sozialdemokraten, ihren Antrag zurückzuziehen. Annette Hahn (SPD) sagte deutlich, was sie von diesem Antrag hielt: „Ich werde den Teufel tun, diesen Antrag zurückzuziehen. Wir wollen es was für dieses Gebiet machen, aber keiner packt das an.“

Engeline Kramer stellte den Antrag, dass die von der SPD geforderten Daten nicht erhoben werden: „Das ist vielleicht gut gemeint, aber schlecht angepackt.“ Auch Hauke Sattler räumte inzwischen ein: „Da ist wohl einiges falsch rübergekommen.“ Die SPD habe das Thema aufgegriffen, weil „nicht immer sachlich darüber diskutiert“ worden sei. So sei beim Runden Tisch der Beauftragte „Dreckloch“ für dieses Gebiet gefallen. Um sehen zu können, wie man dort helfen kann, brauche man Daten.

Sattler im Gespräch mit der OZ: „Wir haben aber nie gesagt, dass wir Leute bespitzeln wollten.“ Außerdem hätte man die Diskussion entschärfen können, wenn man die Daten im nichtöffentlichen Teil der Sitzung behandelt hätte. Der Antrag sei jetzt zwar vom Tisch, das Problem aber nicht. Sattler: „Wir wollten über die konkreten Angaben Hinweise bekommen, welchen Handlungsbedarf es dort gibt. Ich finde es weiterhin wichtig, dass wir dort am Ball bleiben.“

